

## Pressemitteilung 6/2018

Halle (Saale), den 28. März 2018

### Ostdeutsche Flächenländer können mit westdeutschem Wirtschaftswachstum nicht mithalten

Deutschlands Wirtschaft ist im Jahr 2017 um stolze 2,2% gewachsen. Bei näherem Hinsehen offenbart sich aber schnell: Die Wachstumszahlen von Bundesländern wie Bayern (+2,8%), Bremen (+3,3%) und Niedersachsen (+2,5%) verheißen deutlich mehr als die der ostdeutschen Flächenländer, beispielsweise die Sachsens (+1,4%) und vor allem Sachsen-Anhalts (0,8%), wie die heute vorgelegten BIP-Wachstumszahlen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (VGRdL) für 2017 zeigen. Damit geht die Schere zwischen Ost- und Westdeutschland nicht weiter zu. „Der Aufholprozess stagniert; die ostdeutschen Länder sollten ihre Wirtschaftspolitik mehr auf die bessere Qualifizierung der Erwerbstätigen und Innovationen ausrichten“, so Oliver Holtemöller, Vizepräsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und Leiter der Abteilung Makroökonomik.

Sperrfrist:  
28. März 2018, 17:00 Uhr

Pressekontakt  
Rahel Künkele  
Tel +49 345 7753 832  
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner  
Oliver Holtemöller  
Tel +49 345 7753 800  
ohr@iwh-halle.de

Wissenschaftliche Schlagwörter  
Wirtschaftswachstum,  
Ostdeutschland,  
Bruttoinlandsprodukt, Bundesländer

Leibniz-Institut für  
Wirtschaftsforschung Halle e. V.  
(IWH)

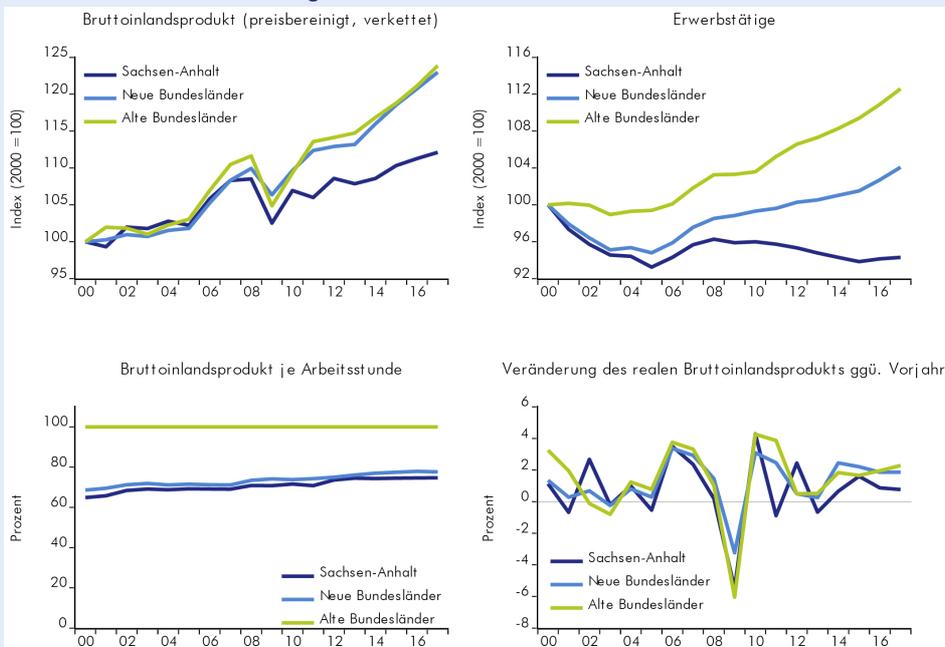
Tel +49 345 7753 80  
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8  
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61  
D-06017 Halle (Saale)

[www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de)

**Abbildung**  
Wirtschaftliche Entwicklung in Ost- und Westdeutschland



Anmerkungen: Datenstand VGR der Länder vom 28.03.2018. Bevölkerungszahlen für das Jahr 2017 liegen noch nicht vor, daher keine Kennziffern, in die die Bevölkerung mit eingeht, zum Beispiel Erwerbsquote oder BIP je Einwohner. Neue Bundesländer mit Berlin. Quelle: VGR der Länder; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Sicher, auch einige westdeutsche Bundesländer wachsen unterdurchschnittlich, so beispielsweise Nordrhein-Westfalen mit einem Plus von nur 1,7%. Insgesamt bleibt das Wachstum in den ostdeutschen Flächenländern aber hinter Westdeutschland zurück. Das Bruttoinlandsprodukt in den ostdeutschen Bundesländern ohne Berlin ist 2017 nur um 1,4% gestiegen, in Westdeutschland dagegen um 2,3%.

Ein wichtiger Erklärungsfaktor ist die unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung: Im Jahr 2017 nahmen in Westdeutschland 1,5% mehr Menschen eine Arbeit auf, in den ostdeutschen Flächenländern waren es nur 0,8%. Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, ein Maß für die Arbeitsproduktivität, hat in Ost- und Westdeutschland in etwa gleich stark zugelegt (West: +0,7%, Ost inkl. Berlin: +0,5%, Ost ohne Berlin: +0,7%). „Das bedeutet, dass der Aufholprozess bei der Produktivität und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit stagniert“, so Holtemöller.

Die ostdeutschen Länder sollten daher ihre Wirtschaftspolitik umstellen, um weiter aufholen zu können. Während in der Vergangenheit Investitionen in das Sachkapital im Vordergrund standen, sind jetzt qualifizierte Erwerbstätige der Engpass. Die Schulabbrecherquote ist doppelt so hoch wie in Westdeutschland, die Universitäten in den ostdeutschen Flächenländern können bei der Spitzenforschung (gemessen beispielsweise an DFG-Exzellenzclustern) insgesamt nicht mit Westdeutschland mithalten, und die ostdeutschen Flächenländer sind weniger attraktiv für qualifizierte Zuwanderer.

Die erste Phase des Aufholprozesses in Ostdeutschland war getrieben von Investitionen. „Jetzt braucht es innovationsgetriebenes Wachstum. Die Treiber von Wirtschaftswachstum, Forschung und Innovation sind eher in urbanen Regionen angesiedelt. Sowohl Wirtschaft als auch Wissenschaft müssen vor allem in den größeren Städten gebündelt gefördert werden, wenn der ostdeutsche Aufholprozess weitergehen soll. Das zeigt auch die dynamische Entwicklung in Berlin. Für Landespolitiker, die selbstverständlich immer auch die ländlichen Regionen mit im Blick haben müssen, ist das eine unbequeme Erkenntnis“, erläutert Holtemöller.

---

#### Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Oliver Holtemöller

Tel +49 345 7753 800

[oliver.holtemoeller@iwh-halle.de](mailto:oliver.holtemoeller@iwh-halle.de)

#### Pressekontakt

Rahel Künkele

Tel +49 345 7753 832

[presse@iwh-halle.de](mailto:presse@iwh-halle.de)

 Das IWH auf Twitter

 Das IWH auf Facebook

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation

der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 93 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter [www.leibniz-gemeinschaft.de](http://www.leibniz-gemeinschaft.de).